

Antrag an die Vollversammlung der ArbeiterInnenkammer Wien

Nein zum EU-Angriff auf ArbeitnehmerInnenrechte!!

Der EU-Reformvertrag, der trotz negativen Referendums in Irland noch immer droht, und die bestehenden EU-Verträge und -Strategien richten sich gegen die Interessen der ArbeitnehmerInnen. Das bedeutet in der Praxis: ArbeitnehmerInnenrechte werden sukzessive abgebaut, Sozial- und Bildungsabbau werden vorangetrieben, öffentliche Dienstleistungen werden zum Nachteil der KonsumentInnen und ArbeitnehmerInnen liberalisiert und privatisiert. Die jüngsten Urteile des Europäischen Gerichtshofes (Laval, Viking, Ruffert, Luxemburg/Kommission) verstärken europaweit den Druck auf ArbeitnehmerInnen und Gewerkschaften durch Untergrabung von Kollektivverträgen und gewerkschaftlichen Rechten. Mit dem drohenden EU-Reformvertrag soll das Prinzip der „offenen Marktwirtschaft mit freiem Wettbewerb“ und der „freie EU-Binnenmarkt“ weiter verfestigt werden. Gewerkschaftlicher Widerstand dagegen ist ein Gebot der Stunde.

Daher unterstütze ich folgenden Antrag an die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer als Interessensvertretung der ArbeitnehmerInnen:

Die Vollversammlung der Wiener Arbeiterkammer soll beschließen:

1. Die AK-Wien wendet sich entschieden gegen weitere Privatisierungen und Liberalisierungen öffentlicher Dienstleistungen.
2. Die AK-Wien soll entschieden gegen die EUGH-Urteile Stellung nehmen und öffentlich auf die von den Urteilen drohende Gefahr für die ArbeitnehmerInnen auch in Österreich hinweisen. Die AK-Wien fordert den ÖGB auf, dasselbe zu tun.
3. Die AK-Wien fordert die neue Bundesregierung auf, alle EUGH – Entscheidungen und EU-Maßnahmen, die zum Unterlaufen von Kollektivverträgen und dem Aushebeln von gewerkschaftlichen Rechten dienen, nicht anzuwenden und innerhalb der EU entschieden gegen diese Entscheidungen des EUGH aufzutreten.
4. Die AK-Wien fordert Bundesregierung, Landesregierungen und Gemeinden auf, öffentliche Aufträge an die Einhaltung von Kollektivverträgen zu binden.
5. Die AK-Wien fordert den ÖGB auf, gemeinsam mit den europäischen Gewerkschaften für die Rücknahme der EUGH-Urteile zu kämpfen und im Falle drohender Anwendung der jüngsten EUGH-Urteile in Österreich Kampfmaßnahmen zu organisieren.
6. Die AK-Wien sorgt in allen Institutionen, in denen sie Mitspracherecht hat, – wie zum Beispiel bfi – dafür, dass allen Beschäftigten die gleichen Rechte gewährt werden.

Name	Adresse	Datum der Unterschrift	AK-Wien Mitglied *	Unterschrift
			<input type="radio"/>	
			<input type="radio"/>	

* **Bitte ankreuzen**, wenn Sie Mitglied der AK Wien sind! Sie sind Mitglied der AK-Wien, wenn Sie als ArbeitnehmerIn in Wien bei einer privaten Firma beschäftigt sind oder wenn Sie als öffentlich Bedienstete/r in einer betriebsähnlichen Organisation arbeiten (Stadtbetriebe, Verkehrsbetriebe, Krankenhäuser,...). Auch wenn Sie freie/r DienstnehmerIn, geringfügig beschäftigt oder arbeitslos sind und zuvor mindestens 20 Wochen in Wien beschäftigt waren, sind Sie AK-Wien-Mitglied.

Bitte Unterschriftliste (auch nur teilweise unterschriebene) an:
Plattform für kämpferische und demokratische Gewerkschaften, Stiftg. 8, 1070 Wien
weitere Unterschriftenlisten unter www.gewerkschaftsplattform.org downloadbar

